



Vorlage Stadtparlament

vom 14. September 2010

Bürgerschaft: Rechtliches

Nachtrag II zum Geschäftsreglement des Stadtparlaments: Anpassung der Bestimmungen über Bürgerrechtsgesuche an das neue kantonale Recht sowie Klärung der Bestimmungen über die Postulate

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Dem beiliegenden Nachtrag II zum Geschäftsreglement des Stadtparlaments vom 14. September 2004 wird zugestimmt.
2. Die Motion „Klare Regeln für Postulate“ wird als erledigt abgeschrieben.

1 Zusammenfassung

Mit dem Nachtrag zum Geschäftsreglement des Stadtparlaments werden einerseits die Bestimmungen über Bürgerrechtsgesuche an das neue kantonale Gesetz über das St. Galler Bürgerrecht angepasst, welches am 1. Januar 2011 in Kraft tritt.

Andererseits werden gestützt auf die Motion „Klare Regeln für Postulate“ die bisherigen Bestimmungen besser geordnet und offene Fragen klargestellt. Namentlich wird präziser umschrieben, welche Anträge gestellt werden können und welche Beschlüsse das Stadtparlament zu fassen hat.

2 Ausgangslage

2.1 Bestimmungen über Bürgerrechtsgesuche

Das neue Gesetz über das St.Galler Bürgerrecht vom 8. Juni 2010 (BüG) tritt am 1. Januar 2011 in Kraft. Im Gegensatz zum bisherigen Recht hat das Stadtparlament nur noch dann über die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern zu entscheiden, wenn gegen den



Beschluss des Einbürgerungsrats gültig Einsprache erhoben worden ist. Der Einbürgerungsrat stellt dem Stadtparlament in diesen Fällen Antrag, entweder auf Zustimmung zum Einbürgerungsgesuch oder auf Ablehnung. Das Stadtparlament kann über diese Einbürgerungsgesuche diskutieren und abstimmen. Anträge auf Nichteintreten, Rückweisung oder Verschiebung sowie Änderungsanträge sind nach der Regelung des kantonalen Rechts nicht zulässig (Art. 33 BÜG).

Diese neue Rechtslage macht eine Änderung von Art. 59 des Geschäftsreglements des Stadtparlaments notwendig. In dieser Bestimmung wird das Verfahren bei Bürgerrechtssuchen geregelt.

2.2 Bestimmung über die Postulate

Das Geschäftsreglement des Stadtparlaments vom 14. September 2004 (GR) regelt in den Art. 60 - 81 die parlamentarischen Vorstösse, namentlich Motionen und Postulate. Diese zwei Instrumente sind in den Grundzügen bereits auf der Stufe der Gemeindeordnung verankert (Art. 28 f. GO), weil sie das Verhältnis zwischen den beiden Behörden Stadtparlament und Stadtrat bestimmen.

Die Regelung des Geschäftsreglements über Motionen und Postulate ist bereits im Jahre 2008 einer ersten Änderung unterzogen worden. Neu wurde damals die schriftliche Stellungnahme des Stadtrats zur Erheblicherklärung von Motionen und Postulaten eingeführt. Am 9. März 2010 hat das Stadtparlament sodann die Motion „Klare Regeln für Postulate“ mit folgendem Auftrag erheblich erklärt: „Das Präsidium des Stadtparlaments wird deshalb eingeladen, dem Parlament Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen für eine Anpassung des Geschäftsreglements, um die Regeln für Postulate klar zu formulieren.“

Das Präsidium erfüllt den Motionsauftrag mit dieser Vorlage. Weil Postulate und Motionen im Geschäftsreglement gemeinsam geregelt sind, enthält die Vorlage auch Änderungen für die Behandlung der Motionen.

3 Erfahrungen mit der bisherigen Regelung betreffend Postulate

In der Begründung der Motion „Klare Regeln für Postulate“ wird ausgeführt, dass sich im Stadtparlament bei der Behandlung von Postulaten (Erheblicherklärung, Postulatsbericht) wiederholt verfahrensmässige Unsicherheiten ergeben hätten. Das trifft zu. So gab namentlich zu Diskussionen Anlass, welchen Beschluss das Stadtparlament nach der Beratung des vom Stadtrat vorgelegten Postulatsberichts zu fassen habe bzw. fassen könne (Kenntnisnahme / Nichtkenntnisnahme / zustimmende Kenntnisnahme) und unter welchen Voraussetzungen es die Abschreibung eines Postulates ablehnen und einen Zusatzbericht verlan-



gen könne. Auch waren häufig die Postulatsaufträge in einer Weise formuliert, die über den zulässigen Inhalt eines Postulats („prüfen und Bericht erstatten, ob“) hinausgingen. Häufig sollte der Stadtrat mit einem Postulat - unzulässigerweise - direkt verpflichtet werden, eine Massnahme zu treffen oder zum vornherein in einem bestimmten inhaltlichen Sinne Bericht zu erstatten. Nicht selten mussten Postulatsaufträge deshalb im Rahmen der Erheblicherklärung geändert werden.

Dies alles ist indes nicht unbedingt auf unklare Regelungen im bisherigen Geschäftsreglement zurückzuführen. Es wäre auch nicht realistisch zu glauben, durch eine Ergänzung des Geschäftsreglements könnten künftige Fragen abschliessend beantwortet werden. Vor einem solchen Anspruch und vor einer übertrieben kasuistischen Rechtsetzung, zumal im Bereich des Parlamentsrechts, ist zu warnen. Das praktische Leben ist phantasievoller als der Einfallsreichtum des Gesetzgebers. Unsicherheiten in der Handhabung des geltenden Rechts beruhen häufig darauf, dass neue Ideen auftauchen und ein anderes Vorgehen als wünschbar erachtet wird. Dennoch ist es zweckmässig, die heutige Regelung des Geschäftsreglements in eine klarere systematische Ordnung zu bringen und die hauptsächlichen Punkte, die in der bisherigen Praxis zu Diskussionen geführt haben, zu präzisieren.

4 Artikelweise Kommentierung

Art. 59

Einbürgerungsgesuche

Zu streichen ist in Art. 59 Abs. 3 die Möglichkeit von Rückweisungsanträgen. Zu streichen ist zudem die in Art. 59 Abs. 5 enthaltene Vorschrift, dass die Anträge des Einbürgerungsrates ohne Abstimmung gesamthaft zum Beschluss erhoben werden, soweit kein Gegenantrag vorliegt. Da dem Stadtparlament künftig nur noch Einbürgerungsfälle unterbreitet werden, bei denen Einsprache erhoben worden ist, ist diese zwingende Verfahrensvorschrift nicht mehr angemessen. Das schliesst nicht aus, dass gleichwohl ohne Abstimmung entschieden wird, wenn im Stadtparlament kein Gegenantrag zum Antrag des Einbürgerungsrates erhoben worden ist und dieses vereinfachte Vorgehen als angemessen erscheint. Die allgemeine Bestimmung von Art. 84 GR erlaubt dies.

Die übrigen Anpassungen in Art. 59 sind lediglich formeller Natur.



Art. 61

Massgebender Auftrag

In der bisherigen Praxis war nicht immer klar, welche Teile einer Motion oder eines Postulats zum - verbindlichen - Auftrag gehörten und welche Teile lediglich die unverbindliche Begründung darstellten. Aus diesem Grunde wird in Art. 61 festgehalten, dass der als Auftrag gekennzeichnete Text massgebend ist. Das wird dazu führen, dass Motionen und Postulate künftig klar nach Auftrag und Begründung gegliedert werden. Dies wird in der elektronischen Vorlage für diese Vorstösse so berücksichtigt.

Mit der Regelung von Art. 61 wird künftig insbesondere klar sein, worauf sich Änderungsanträge (Art. 70 Abs. 1 lit. a) bei der Erheblicherklärung einer Motion oder eines Postulats beziehen können.

Wenn eine Motion Richtlinien für den Inhalt des vom Stadtrat auszuarbeitenden Entwurfs geben will (Art. 65 Abs. 3), so sind diese ebenfalls in den Auftrag aufzunehmen. Bei der Erheblicherklärung können auch zu diesen Richtlinien Änderungsanträge gestellt werden.

Ist der massgebende Auftrag unzulässig, so gilt die Regelung von Art. 62.

Art. 62

Zulässigkeit eines Vorstosses

Die Änderung dieser Bestimmung wird in den Bemerkungen zu Art. 66 (lit. d) erläutert, um Wiederholungen zu vermeiden.

Art. 66

Postulat

a) Gemäss Art. 66 Abs. 1 GR kann jedes Mitglied mit einem Postulat beantragen, dass der Stadtrat prüfe und Bericht erstatte, „ob ein Entwurf für eine Revision der Gemeindeordnung oder den Erlass eines Reglements vorzulegen oder ob eine Massnahme zu treffen sei“. Unzulässig sind Postulate, die auf eine Verwaltungsverfügung, auf einen Rechtsmittelentscheid oder auf ein bestimmtes Dienstverhältnis einwirken wollen (Art. 66 Abs. 3). Die Bestimmung bleibt unverändert, weil ihre Absätze 1 und 3 mit dem gleichen Wortlaut bereits in der Gemeindeordnung verankert sind (Art. 29 GO).

b) Während sich eine Motion immer auf Beschlüsse beziehen muss, die im Kompetenzbereich des Stadtparlaments liegen (aufgezählt in den Art. 32 - 35 GO), können Gegenstand eines Postulats auch Massnahmen sein, die in der Zuständigkeit des Stadtrats liegen.



Dieser im Gegensatz zur Motion weiter reichende Geltungsbereich findet seinen Grund darin, dass der Postulatsauftrag weniger strikt ist als der Motionsauftrag. Mit dem Postulat wird der Stadtrat nicht beauftragt, dem Parlament einen bestimmten Beschlussentwurf vorzulegen oder eine in seinem eigenen Kompetenzbereich liegende Massnahme zu treffen. Das Postulat enthält lediglich einen Prüf- und Berichterstattungsauftrag. Es verpflichtet lediglich dazu, „zu prüfen und Bericht zu erstatten“, ob der Entwurf für einen in der Zuständigkeit des Stadtparlaments liegenden Beschluss vorgelegt werden solle oder ob eine in der Zuständigkeit des Stadtrats liegende Massnahme zu treffen sei. Dieser Regelung entspricht es auch, dass mit dem Postulat ganz generell ein Bericht über einen bestimmten, die städtischen Aufgaben betreffenden Fragenkreis verlangt werden kann.

c) Betrifft ein erheblich erklärtes Postulat einen Gegenstand, der in der Zuständigkeit des Stadtparlaments liegt (Gemeindeordnung, Reglement, Kredit) und kommt der Stadtrat zur Überzeugung, dass ein entsprechender Beschluss gefasst werden solle, so unterbreitet er dem Stadtparlament zumeist direkt eine entsprechende Sachvorlage. Mit der Unterbreitung der Vorlage wird zugleich die Abschreibung des Postulats beantragt. Im Postulatsauftrag wird diese Möglichkeit häufig mit der Formulierung angesprochen, der Stadtrat solle prüfen und Bericht erstatten sowie „gegebenenfalls Antrag“ stellen. Der Stadtrat kann dies aufgrund des ihm generell zustehenden Antragsrechts aber auch ohne solche Formulierung tun.

d) In der Praxis stimmen die Postulatsaufträge häufig nicht vollständig mit der Regelung des Geschäftsreglements überein. Sie betreffen zwar meist einen Gegenstand, der postulatsfähig ist, beschränken sich aber nicht auf den Auftrag, zu prüfen und Bericht zu erstatten, „ob“ der Entwurf für einen in der Kompetenz des Parlaments liegenden Beschluss vorgelegt werden solle oder ob eine im Kompetenzbereich des Stadtrats liegende Massnahme getroffen werden soll. Nicht selten soll der Stadtrat direkt beauftragt werden, darzulegen, „wie“ ein bestimmtes Ziel erreicht werden kann. Gelegentlich soll er gar beauftragt werden, diese Massnahme auch tatsächlich zu treffen. Das ist in einem Postulat nicht zulässig. Im Gegensatz zur Motion hat der Stadtrat bei einem Postulat immer die Freiheit, das „ob“ nach seinem eigenen politischen Ermessen zu beurteilen und sich auf die Darlegung zu beschränken, dass entsprechende Massnahmen nicht zweckmässig seien.

Art. 62 Abs. 2 des Geschäftsreglements regelt das Vorgehen, wenn der Stadtrat einen Vorstoss als unzulässig erachtet. In diesem Fall teilt er dies dem Präsidium mit. Dieses prüft die Frage der Zulässigkeit und stellt dem Stadtparlament Antrag. Das Stadtparlament hat den endgültigen Entscheid über die Rechtmässigkeit des Vorstosses zu treffen (Art. 62 Abs. 2 GR). Dieses Vorgehen ist angemessen, wenn das Postulat einen Gegenstand betrifft, der überhaupt nicht postulatsfähig ist. Solche Fälle sind selten. Entspricht aber lediglich die For-



mulierung des Postulatsauftrags nicht vollständig der Regelung des Geschäftsreglements, was gelegentlich vorkommt, indem nach dem Wortlaut des Postulatsauftrags das „ob“ nicht genügend offen gelassen wird oder gar direkt die Verwirklichung einer Massnahme gefordert wird, so ist dieses Verfahren zu kompliziert. Ebenso ist es zu aufwändig, entsprechende Postulatsaufträge jeweils bei der Beratung über die Erheblicherklärung nach Rücksprache mit den Postulantinnen oder Postulanten zu korrigieren.

Es ist aus diesen Gründen angezeigt, Art. 62 um einen Abs. 5 zu ergänzen, wonach sich die in Abs. 2 - 4 umschriebene Regelung für die Bestreitung der Zulässigkeit auf Fälle beschränkt, wo der Gegenstand des Postulates selber unzulässig ist. Im Übrigen soll für den Postulatsauftrag, ungeachtet einer allenfalls unkorrekten Formulierung, der in der Gemeindeordnung und dem Geschäftsreglement umschriebene Auftrag massgebend sein. Das heisst, dass der Stadtrat „prüfe und Bericht erstatte, ob ein Entwurf für eine Revision der Gemeindeordnung oder den Erlass eines Reglements vorzulegen oder ob eine Massnahme zu treffen sei“ und dass er gegebenenfalls Antrag stellen solle.

Art. 67

Änderung des Geschäftsreglements

Art. 67 regelt das Vorgehen bei Motionen und Postulaten, die sich auf das Geschäftsreglement des Stadtparlaments beziehen. Bei diesen geht der Auftrag an das Präsidium des Stadtparlaments. Die Bestimmung entspricht dem bisherigen Art. 73. Sie wird systematisch neu eingeordnet. Zudem wird im Interesse der Klarheit präzisiert, dass sich das Verfahren über Erheblicherklärung und Weiterbehandlung nach den gleichen Regeln richtet, die gelten, wenn ein Vorstoss vom Stadtrat zu beantworten ist.

Art. 68

Erheblicherklärung; Traktandierung

In den Artikeln 68 - 73 wird das Vorgehen bei der Erheblicherklärung (Art. 68 - 70) und bei der Weiterbehandlung (Art. 71 - 73) von Motionen und Postulaten besser als bisher auseinandergehalten. Zudem werden die einzelnen Verfahrensschritte klarer gegliedert.

Art. 68 regelt einleitend die Traktandierung zur Erheblicherklärung. Inhaltlich erfolgt keine Änderung der bisherigen Regelung.



Art. 69

Erheblicherklärung; Begründung

Art. 69 regelt die Begründung des Vorstosses im Rahmen der Erheblicherklärung. Inhaltlich erfolgt keine Änderung der bisherigen Regelung.

Art. 70

Erheblicherklärung; Diskussion und Beschlussfassung

Art. 70 regelt die an die Begründung des Vorstosses anschliessende Diskussion und Beschlussfassung. Geregelt wird, welche Anträge in der Diskussion über die Erheblicherklärung gestellt werden können und wie abgestimmt wird.

Zulässig sind Anträge auf Abänderung des Auftrags, auf Umwandlung einer Motion in ein Postulat und auf Dringlicherklärung (Abs. 1). Diese Aufzählung ist abschliessend. Gemäss Abs. 1 lit. b ist die Umwandlung einer Motion in ein Postulat möglich, also in einen Vorstoss mit geringerer Verbindlichkeit. Eine Umwandlung eines Postulats in eine Motion, also in einen Vorstoss mit höherer Verbindlichkeit, ist im Rahmen der Beratung über die Erheblicherklärung nicht zulässig. Damit würde das Prinzip der vorgängigen Traktandierung verletzt. Dem Stadtrat wäre es verwehrt, vorgängig Stellung zu nehmen. Auch die Vorbereitung der Fraktionen auf die Behandlung des Geschäft würde beeinträchtigt.

Mit der Regelung von Art. 70 Abs. 1 ist zugleich gesagt, dass es bei der Beratung über die Erheblicherklärung keine Anträge auf Nichteintreten oder Rückweisung gibt. Es findet bei der Beratung über die Erheblicherklärung eines Vorstosses denn auch keine Eintretensdebatte statt.

Art. 70 Abs. 2 hält fest, dass das Stadtparlament zuerst über die Erheblicherklärung und anschliessend über einen allfälligen Antrag auf Dringlicherklärung beschliesst.

Art. 71

Weiterbehandlung; Fristen für die Vorlage des Stadtrats

Art. 71 regelt die Fristen für die Vorlage des Stadtrats. Die Regelung entspricht dem bisherigen Recht. Die Bestimmungen sind lediglich neu gegliedert.

Art. 72

Weiterbehandlung; Beratung der Vorlage aufgrund einer Motion



Die Bestimmung hält fest, dass die Vorlage, die der Stadtrat dem Stadtparlament aufgrund einer Motion unterbreitet, wie eine Sachvorlage unterbreitet wird, und dass die Motion mit dem Beschluss auf Nichteintreten auf die Vorlage oder mit der Gesamtabstimmung abgeschrieben wird.

Das entspricht dem Vorgehen, das gilt, wenn die Berichterstattung über ein Postulat im Rahmen einer Sachvorlage erfolgt (Art. 73a).

Art. 73

Weiterbehandlung; Beratung des Berichts zu einem Postulat

In Art. 73 wird neu umschrieben, wie die Beratung des Postulatsberichts vor sich geht. Die damit zusammenhängenden Fragen gaben in der Praxis gelegentlich Anlass zu Unsicherheit.

a) Legt der Stadtrat dem Stadtparlament - wie es dem Regelfall entspricht - einen reinen Postulatsbericht vor (ohne Verbindung mit einer Sachvorlage), so findet keine Eintretensdiskussion statt, sondern direkt die Diskussion über den Bericht (Abs. 1). Der Bericht beruht ja auf einem vom Stadtparlament selber erteilten Auftrag. Nach Abschluss der Diskussion beschliesst das Stadtparlament Abschreibung des Postulats (Abs. 2 lit. a).

Ist das Stadtparlament der Auffassung, dass der Bericht den erteilten Auftrag nicht vollständig erfülle, so wird das Postulat nicht oder nur teilweise abgeschrieben. Der Stadtrat hat in der Folge einen ergänzenden Postulatsbericht vorzulegen (Abs. 2 lit. b). Ein Zusatzauftrag ist nicht erforderlich. Worauf sich der Zusatzbericht beziehen muss, ergibt sich aus dem Teil-Abschreibungsbeschluss. Das Stadtparlament kann für diesen Zusatzbericht - wie schon für den ersten Bericht - Dringlichkeit beschliessen.

In Abs. 2 lit. b wird aber zugleich zur Klärung festgehalten, dass das Stadtparlament die Abschreibung eines Postulats nicht deshalb verweigern darf, weil es die vom Stadtrat vertretene Auffassung nicht teilt. Die Abschreibung darf nur ganz oder teilweise verweigert werden, wenn die verlangte Prüfung nicht vorgenommen worden ist und die entsprechende Berichterstattung fehlt. Welche Auffassung vertreten wird, liegt in der Verantwortung des Stadtrats. Eine bloss teilweise Abschreibung eines Postulats wird deshalb nur ausnahmsweise in Betracht kommen. Der Stadtrat hat sich schon in der bisherigen Praxis bemüht, den ihm erteilten Auftrag zur Prüfung und Berichterstattung umfassend zu erfüllen.

Es kann dem Stadtrat bei der Beratung des Postulatsberichts auch nicht ein ergänzender Auftrag („Zusatzauftrag“) erteilt werden. Wenn der mit der Erheblicherklärung erteilte Auftrag erfüllt ist, ist das Postulat abzuschreiben. Sich im Rahmen der Beratung ständig ausweitende Postulatsaufträge sind mit einem geordneten Parlamentsbetrieb nicht vereinbar.



Wenn der Wunsch nach weiteren Prüfungen und Berichterstattungen besteht, so kann auf dem ordentlichen Weg ein neues Postulat eingereicht werden.

An dieser Stelle ist zudem nochmals daran zu erinnern, dass sich der Postulatsauftrag, den das Stadtparlament dem Stadtrat erteilen kann und der für den Stadtrat massgeblich ist, nach Art. 66 des Geschäftsreglements richtet (Art. 62 Abs. 2).

b) In der vorliegenden Motion wird die Frage aufgeworfen, was der in der bisherigen Praxis gefasste Beschluss auf „Kenntnisnahme“ bedeute, was für eine Rechtswirkung dieser Beschluss entfalte („Zustimmung zu allem, was im Bericht steht?“) und ob es möglich und sinnvoll wäre, die Kenntnisnahme zu qualifizieren („zustimmende bzw. nicht zustimmende Kenntnisnahme“).

Vorab ist festzuhalten, dass das heutige Geschäftsreglement einen Kenntnisnahme-Beschluss gar nicht kennt. Es sieht lediglich vor, dass ein Postulat nach erfolgter Diskussion abzuschreiben ist, wenn der Stadtrat den Bericht unterbreitet hat (Art. 71 Abs. 4 geltendes GR). Der bisherige Kenntnisnahme-Beschluss des Stadtparlaments beruhte allein auf der Praxis und war die reine Feststellung, dass der Stadtrat den in Auftrag gegebenen Bericht erstattet und die Beratung darüber im Stadtparlament stattgefunden hat. Als Folge davon wird das Postulat als erledigt abgeschrieben. Eine inhaltliche Wertung war mit diesem Beschluss nicht verbunden, obwohl sich in diesem Punkt immer wieder Unklarheiten ergaben. Eine inhaltliche Wertung wäre zwar - in Abkehr von der bisherigen Praxis - durchaus möglich. Eine qualifizierte Beschlussfassung des Parlaments über den Postulatsbericht ist jedoch nicht sinnvoll. Mit dem Postulat wird dem Stadtrat der Auftrag erteilt, eine Angelegenheit zu prüfen und Bericht über seine Beurteilung zu erstatten. Teilt das Stadtparlament die Auffassung des Stadtrats nicht, so kann - wenn eine Angelegenheit in Frage steht, die in der Kompetenz des Parlaments liegt - eine Motion eingereicht und erheblich erklärt werden. In dieser können die Grundzüge des vom Stadtrat vorzulegenden Beschlussentwurfs umschrieben werden (Art. 65 GR). Wird eine solche Motion erheblich erklärt, ist der Stadtrat verpflichtet, eine Vorlage in diesem Sinne auszuarbeiten. Das ist ein zweckmässiges Vorgehen. Eine qualifizierte Beschlussfassung über den Postulatsbericht führt demgegenüber zu unfruchtbaren Diskussionen im Stadtparlament. Es sei nur an die im vorliegenden Postulat gestellte Frage erinnert, ob denn „zustimmende“ Kenntnisnahme das Einverständnis mit sämtlichen, im Bericht enthaltenen Ausführungen bedeute. Von einer solchen Änderung des Geschäftsreglements ist deshalb abzusehen. Sinnvollerweise wird im Gegenteil auf einen Kenntnisnahme-Beschluss ganz verzichtet und lediglich über die Abschreibung der Postulate abgestimmt. Damit können Unklarheiten am zuverlässigsten vermieden werden. Art. 73 ist in diesem Sinne formuliert.



Art. 73a

Weiterbehandlung; Beratung des Berichts zu einen Postulat bei gleichzeitiger Sachvorlage

Es kommt häufig vor, dass der Stadtrat den Postulatsbericht im Rahmen einer Sachvorlage unterbreitet. Dies geschieht in der Regel dann, wenn der Stadtrat im Rahmen der Prüfung des Postulats zum Ergebnis kommt, dass ein entsprechender Parlamentsbeschluss (Reglement, Kreditbeschluss) tatsächlich angezeigt ist. Für diesen Fall legt Art. 73a - übereinstimmend mit der bisherigen Praxis - fest, dass das Geschäft im Parlament nach den Regeln behandelt wird, die für die Sachvorlagen gelten. Beraten wird in diesem Fall die Sachvorlage. Es kann eine Eintretensdiskussion (Art. 50) stattfinden, welcher nach dem Eintretensbeschluss die Detailberatung (Art. 51) folgt. In der Detailberatung können - gleich wie bei jeder anderen Sachvorlage - Abänderungsanträge gestellt werden (vgl. Art. 51 Abs. 3). Das Postulat wird ohne weiteres abgeschrieben, wenn das Sachgeschäft durch Nichteintretensbeschluss oder mit der Gesamtabstimmung abgeschlossen ist.

Art. 73b

Bericht über hängige Motionen und Postulate

Art. 73b regelt in neuem systematischem Zusammenhang die jährliche Berichterstattung über die hängigen Motionen und Postulate. Die Regelung entspricht im Wesentlichen der bisherigen (Art. 71). Neu und etwas weiter gefasst ist die Abschreibung von Vorstössen. Diese soll allgemein möglich sein, wenn gewichtige Gründe gegen die Erfüllung des Auftrags sprechen. Darüber hat das Stadtparlament auf Antrag des Stadtrats zu beschliessen.

Der Präsident des Stadtparlaments:

Fässler

Der Stadtschreiber:

Linke

Beilage:

1. Motion „Klare Regeln für Postulate“ vom 27. Oktober 2009
2. Nachtrag II zum Geschäftsreglement des Stadtparlaments
3. Gegenüberstellung bisherige Regelung / neue Regelung
4. Formulierungsvorschlag Motions- und Postulatsaufträge

